nr. 3 – mai / juni 2018

ecke müllerstraße

Seite 3: Mit der Polizei an der Beuth-Hochschule Seite 4: Ein Loch in der Luxemburger Straße
Seite 6: Herr Kirchner und das Mobilitätsgesetz Seite 8: Wir sind Weltmeister der Wertsteigerung

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 11. Juni. Unsere letzte Rätselecke zeigte die Grünfläche vor der Beuth-Hochschule an der Luxemburger Straße. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewonnen hat diesmal Ute Winter. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Bußgeld schreckt nicht ab

Illegale Gerüstwerbung am Leopold Center

Eindeutig illegal sind die beiden großflächigen Werbetransparente, die seit Monaten an den Gerüsten vor dem Leopold Centers an der Ecke von Müller- und Luxemburger Straße hängen. Obwohl dort bislang dort noch keine Bauarbeiten stattfanden, ist das Gerüst bis Ende November 2018 genehmigt, so erfuhr die Stadtteilvertretung mensch.müller auf ihre Nachfrage hin vom Bezirk. Keine Genehmigung gibt es jedoch für die Werbebanner, die ja über dem öffentlichen Straßenland und nicht über dem Privatgrundstück hängen. Zwar wurden im März die beiden riesigen Transparente nach einer Intervention des Bezirks entfernt – allerdings nur kurzzeitig. Kurz darauf waren die Gerüste erneut verhängt, angeblich, weil die beauftragte Werbefirma auf die Erfüllung der abgeschlossenen Verträge bestanden hätte.

»Solch eine Gerüstwerbung kostet, je nach Standort, höhere fünfstellige, oft aber auch sechsstellige Summen im Monat, die Einnahmen der Hauseigentümer übersteigen dadurch oft bei weitem die im Objekt erzielten Mieteinnahmen«, erklärt uns dazu der Rechtsanwalt Fadi El-Ghazi von der Initiative Berlin Werbefrei. »Bußgelder haben daher meist keine abschreckende Wirkung.« Zwar könnten die Bezirke zusätzlich auch den Gewinn der Hauseigentümer mit der illegalen Werbung abschöpfen, meist seien die zuständigen Stellen in den Bezirken aber zu schwerfällig oder zu überlastet, um diese rechtliche Möglichkeit auch auszunutzen. Die Initiative Berlin Werbefrei strebt einen Volksentscheid für ein weitgehendes Werbeverbot im öffentlichen Raum an und benötigt für den Antrag auf Durchführung eines Volksbegehrens bis Ende Juni rund 20.000 Unterschriften. Die hat sie schon fast zusammen. *cs*

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz
Dienstag, 15. Mai 2017, 17 Uhr,
VHS Mitte, Antonstraße 37, Raum 302
mit Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft
Mittwoch, 6. Juni, 7.30 Uhr, Ort:
bitte erfragen unter Telefon (030) 88 59 14 36,
www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller
An jedem ersten Donnerstag im Monat
jeweils um 19 Uhr in der Volkshochschule,
Antonstraße 37

Sprechstunde der Stadtteilvertretung
mo 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz

Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe

Die nächste Ausgabe erscheint Ende Juni, Redaktionsschluss ist der 10. Juni

Das Titelbild dieser Ausgabe

ist auf dem Campus der Beuth-Hochschule aufgenommen

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

»Wir kennen uns aus der Schule«

Mit dem Präventionsbeauftragten des Polizeiabschnitts an der Beuth-Hochschule

Einmal im Jahr präsentiert sich der Polizeiabschnitt 35 in der Beuth-Hochschule für Technik. Dann informieren die Beamten über Fragen der Verkehrssicherheit und stellen Fahrradpässe aus, die dabei helfen, die Räder vor Diebstahl zu schützen. Für Wulf Dornblut, den Präventionsbeauftragten des Abschnitts in den Osramhöfen, sind solche Aktionstage immer ein ganz besonderes Erlebnis.

Nicht nur Räder codierte die Polizei bei ihrer Aktion auf dem Beuth-Campus. Bei einem »Rauschbrillenparcours« (Foto auf dem Titel dieser Ausgabe) konnte man in Erfahrung bringen, wie eingeschränkt man unter Alkoholeinfluss reagiert. Und ein spannendes Fragespiel in der Machart der »Dark Stories« nutzten die Beamten um gezielte Hinweise zur Verkehrssicherheit zu geben.

Die zwölf Jahre, die er bereits im Wedding unterwegs ist, haben ihn zu einer bekannten Figur gemacht. »Wir kennen uns aus der Schule« – das hört er hier immer wieder. Denn wer in seinem Abschnitt eine Schule besuchte, hat ihn im Unterricht kennengelernt: beim Anti-Gewalt-Training zum Beispiel, das er und seine Kollegen hier im Wedding ab der fünften Klasse in Grundschulen und in den Oberschulen regelmäßig anbietet. Beim Einsatz in der Beuth-Hochschule wird Wulf Dornblut in seinen Gesprächen von den Studierenden immer mal wieder an jenes Zauberwort erinnert, das er im Unterricht stets als wirkungsvolles Mittel gegen Beleidigungen aller Art anpreist: »Wir geben die Aufgabe, alle Wörter aufzuschreiben, mit denen man beleidigt werden kann. Dann soll man das Wort durchstreichen und Pusteblume daneben schreiben. Wenn man das nächste Mal beleidigt wird – nicht »die Mutter, die Schwester oder die Familie« – dann soll man Pusteblume denken und wissen, dass sich der Beleidiger mit seinem Tun eigentlich nur selber in ein schräges Licht stellt«, erklärt der Polizeihauptkommissar. Offenbar funktioniert dieser Trick im Wedding ganz gut. Jedenfalls erinnern sich etliche Studenten an ihn und seinen Unterricht. Die haben fast alle einen Migrationshintergrund und inzwischen zumindest ein Fachabitur erreicht und damit die Möglichkeit, an der Hochschule für Technik zu studieren. Auf dem Berliner Arbeitsmarkt werden ihnen später die Türen weit offen stehen. »Es studieren viele aus dem Wedding hier an der Beuth«, bestätigt eine Gruppe von Studierenden, die den Präventionsbeauftragten des Abschnitts 35 wiedererkannt und ihn angesprochen haben.

Noch nicht lang genug dabei, um solche Erinnerungen auszulösen ist Anja Kahrau, Verkehrssicherheitsberaterin des Abschnitts 35. Sie besucht vor allem die Klassenstufen 1–4 der Grundschulen und führt in den vierten Klassen die Fahrradprüfung durch. »Im Wedding fällt besonders auf, dass sehr viele Kinder mit zehn Jahren das Radfahren noch gar nicht gelernt haben und oft auch gar kein Fahrrad besitzen,« erzählt sie. »Meist fahren die Eltern dann auch kein Rad und haben große Angst, ihre Kinder mit dem Fahrrad auf die Straße zu lassen.« Auch ältere Kinder oder Jugendliche sieht man übrigens im Wedding deutlich seltener mit dem Rad unterwegs als etwa in Prenzlauer Berg: in diesem Punkt hat der frühere Arbeiterbezirk im Westteil der Stadt also noch deutliche Entwicklungspotenziale.

Vor der Mensa der Beuth-Hochschule bilden sich dennoch lange Schlangen an dem Stand, an dem man sein Fahrrad registrieren lassen kann. In der Campus-Zeitung und im Newsletter der Hochschule war im Vorfeld schon auf die Aktion des Polizeiabschnitts hingewiesen worden und offenbar hatten das viele gelesen. »Ich schätze, wir schaffen es, heute ungefähr 90 Fahrräder zu codieren.« meint Wulf Dornblut, »Das ist ziemlich viel für die drei Stunden, in denen wir hier stehen.« Denn für die Registrierung sollte man einen Eigentumsnachweis dabeihaben – zumeist ein Kaufbeleg mit eingetragener Rahmennummer. Die Polizei will schließlich keine gestohlen Räder in ihre Datei aufnehmen.

Bei der Fahrradcodierung erhält man zugleich auch einen gut sichtbaren Aufkleber mit einer maschinell einlesbaren Kontrollnummer, die auf den Rahmen des Rades geklebt wird. Die kann nicht ohne Rückstände wieder entfernt werden. Wenn bei Kontrollen solche Rückstände auffallen, wird sich die Polizei in der Regel die in allen Rädern eingestanzte Rahmennummer vornehmen und in ihrer bundesweiten Datei den eingetragenen Besitzer ermitteln. Mit dieser Datei wird zudem die Identifizierung gestohlener Räder und damit auch die Überführung der Fahrraddiebe oder Hehler enorm erleichtert. Die Gefahr, dass ein registriertes Rad gestohlen wird, ist deshalb auch deutlich geringer, das weisen kriminologische Studien nach, wie Wulf Dornblut darlegt: »Wir empfehlen aber auch ein Bügel- oder Kettenschloss vom Fachhandel, das nicht nur sicher aussieht, sondern wirklich schwer zu knacken ist.« *cs*

Auf der Website der Berliner Polizei »www.berlin.de/polizei« findet sich im »Veranstaltungskalender« auch der Unterpunkt »Fahrradkennzeichnungen«. Dort erfährt man, wann und wo man sein Fahrrad in nächster Zeit registrieren lassen kann.

Ch. Eckelt

Rätselhaftes Loch in der Luxemburger

Bezirk vermutet Fehler bei der Herstellung der Straße

Rund ein Meter tief war das Loch in der Luxemburger Straße, das sich am Freitag, dem 13. April plötzlich in der nördlichen Richtungsfahrbahn auf Höhe der Beuth-Hochschule kurz hinter der Kreuzung mit der Genter Straße aufgetan hat. Die südliche Richtungsfahrbahn war zu dieser Zeit gesperrt, weil diese erneuert wird und dort Bauarbeiten stattfanden. Der Verkehr wurde in beiden Richtungen über die nördliche Richtungsfahrbahn geleitet, dort wurde deshalb der Parkstreifen aufgehoben. Auf dieser äußeren Spur brach dann die Fahrbahndecke ein, die offenbar schon längere Zeit unterhöhlt gewesen war. Die dort parkenden Fahrzeuge hatten sie aber offenbar weit weniger belastet als der Verkehr, der jetzt über sie hinweg strömte.

Bei dem Fahrbahneinbruch kam glücklicherweise niemand zu Schaden. Der Verkehr auf der gesamten Luxemburger Straße musste jedoch mehrere Tage voll gesperrt werden und konnte auch später tagelang nur auf einer Fahrspur in einer Fahrtrichtung freigegeben werden. Denn bevor das Loch verfüllt und die Fahrbahn repariert werden konnte, musste zunächst die Ursache des Fahrbahneinbruchs ermittelt werden. Dabei stellte sich heraus, dass nicht wie zunächst vermutet ein Schaden in der Mischwasserkanalisation zu Unterspülungen geführt hatte. Deshalb macht das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Mitte inzwischen für den Vorfall eine »nicht ausreichende Verdichtung des Untergrunds bei der damaligen Herstellung der Straße« verantwortlich. Nach der Meinung eines Experten, den die ecke zu diesem Fall befragte, könnten jedoch auch spätere Aufgrabungen die Ursache gewesen sein. Denn wenn bei der Verfüllung der Baugruben mit feuchtem oder verunreinigtem Sand gearbeitet werde oder die Verdichtung nur unzureichend stattfände, würde sich der Sand anschließend setzen und es entstünden Hohlräume, die sich im Laufe der Zeit ausweiten könnten. *cs*

Leserecke

Parkraumbewirtschaftung

betr. »Verkehrskonzept vorgestellt«, ecke müllerstraße 2/2018

Liebe Redakteure,
in der aktuellen Ausgabe lese ich auf Seite 3 die in Aussicht gestellte Parkraumbewirtschaftung für den Brüsseler Kiez sowie den Sprengelkiez. Die etwas ungenaue Begrenzung lässt vermuten, dass offenbar das Nordufer zwischen Torfstraße und Föhrerstraße sowie die Buch- und die Fehmarner Straße von dieser Parkraumbewirtschaftung ausgenommen werden soll. Das wäre ein Ding aus dem Tollhaus!
Schon jetzt ist es für die Anwohner in diesem Teil des Nordufers unmöglich, tagsüber einen Parkplatz zu bekommen, weil die Angestellten der Charité sowie des Robert-Koch-Instituts alles zustellen. Schon jetzt bleibt häufig als einzige Möglichkeit für die Anwohner des Nordufers, in den Sprengelkiez oder sogar den Brüsseler Kiez auszuweichen. Dies würde dann künftig ausgeschlossen sein, und die Situation für die Anwohner des Nordufers wäre aussichtslos, was die Suche nach einem Parkplatz betrifft.
Bitte lassen Sie mich wissen, wo diese Planungen vorangetrieben werden, und wohin ich mich wenden kann, um eine Eingabe zu machen.
Stefan Berkholz

Lieber Herr Berkholz,
Auch das von ihnen benannte Gebiet am Nordufer ist in dem Konzept zur Parkraumbewirtschaftung vorgeschlagen. Es gehört zusammen mit dem gesamten Sprengelkiez zur »Zone B«. Die »Zone A« umfasst den gesamten Brüsseler Kiez einschließlich des Virchow-Klinikums. Zur Parkraumbewirtschaftung vorgesehen ist also der gesamte Straßenraum zwischen Seestraße, Müllerstraße, S-Bahn und Kanal einschließlich der Südseite der Seestraße und der Westseite der Müllerstraße. Bitte entschuldigen Sie, wenn wir das in dem Artikel nicht in der nötigen Klarheit zum Ausdruck gebracht haben.
Christof Schaffelder

Kommentar

Auf die Straße für das Recht auf Wohnen

Seit Jahren steigen und steigen die Mieten, explodieren die Grundstückspreise, wird preiswerter Wohnraum immer knapper. Zwar sind die Berliner ein eher stoisches Völkchen, das gelernt hat, sich durch Krisen, Chaos und widrige Umstände durchzuwurschteln und geduldig-gelassen viele Zumutungen aushält. Doch bei einer so existentiellen Frage wie dem Wohnen musste man sich schon wundern, wie lange es verhältnismäßig ruhig in Berlin blieb: In der Geschichte der Mieterstadt Berlin erwiesen sich Wohnungsnot und Mietwucher schließlich schon mehrfach als echter sozialer Zündstoff.
Doch Mitte April änderte sich das Bild: Zahlreiche Mieterinitiativen, Bündnisse und Vereine hatten im Zusammenschluss zur großen Mietendemo aufgerufen – und mehr als 20.000 Menschen gingen auf die Straßen. Ein Erlebnis, das viele Berliner überwältigte, weil sie solche großen und vor allem bunten Demos noch nie erlebt hatten. Und die Beteiligung ging quer durch die Bezirke und durch unterschiedlichste Bevölkerungs- und Altersgruppen: Rentner, Studierende, Berufstätige, Arbeitslose, Zugezogene und Urberliner, Familien, Kiezaktivisten …
Für nicht wenige Teilnehmer war es die erste Demo, an der sie überhaupt selbst teilnahmen. Und deutlich wurde, dass das Problem nicht mehr nur Menschen mit geringem Einkommen betrifft, sondern die Angst längst auch die Mittelschicht mit besseren Einkommen erreicht hat. Das spiegelt sich auch medial wider: Waren in den großen Zeitungen und Magazinen noch vor einigen Jahren steigende Mieten und Wohnungsnot ein eher marginales, vernachlässigtes Thema, liest man nun vom SPIEGEL bis hin zu den großen Tageszeitungen lange Beiträge Kommentare, Analysen. Auch Redakteure, von denen man noch vor 15 Jahren Kommentare lesen konnte wie »Wer sich die Innenstadt nicht leisten kann, muss eben wegziehen« treibt nun die Angst um. Auch Menschen mit guten Einkommen müssen nun um ihre Wohnung bangen. Eigentümerwechsel, Eigenbedarfskündigung, energetische Modernisierung heißen die neuen Damoklesschwerter.
Hinzu kommen zwei Faktoren, die die Situation zusätzlich verschärfen: Zum einen ist längst nicht mehr nur die Innenstadt mit einzelnen »gentrifizierten« Vierteln betroffen (über manchen Viertel wie in Prenzlauer Berg, Mitte oder Kreuzberg rollt bereits die zweite Sanierungswelle), sondern auch die Ränder der Stadt: Auch in äußeren Bezirken wie Spandau, Köpenick oder Lichtenberg, die früher noch Ausweichmöglichkeiten boten, ist der Wohnraum knapp geworden, steigen die Mieten. Es fehlt schlicht an Wohnungen. Nicht einmal mehr die Leerstandsquote von 3–5 %, die für eine normale städtische Fluktuation notwendig ist, wird in Berlin noch erreicht. In der Folge wird die Wohnungssuche für viele zum nahezu aussichtslosen Unterfangen. Zum anderen erschwert sie jenen, die gern ihre größere Wohnung für eine kleinere aufgeben würden, den Wechsel: denn bei den Neuvermietungspreisen wäre die kleinere Wohnung meist noch teurer als die große. So kommt es, dass sich die ohnehin sehr ungleiche Verteilung des Raumverbrauchs pro Kopf weiter zementiert und verschärft: Familien mit geringen Einkommen müssen immer enger zusammenrücken, junge Familien sehen sich gezwungen, ins Umland zu ziehen, während andere sich 70 Quadratmeter und mehr pro Person leisten können.
Eine Demonstration ist noch keine Revolution. Sie ist aber ein deutliches Zeichen dafür, dass Menschen nicht mehr bereit sind, sich irgendwie durchzuwurschteln, sondern politische Lösungen einfordern. Viele Kommunen versuchen bereits, den Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen. Doch letztlich und grundsätzlich ist hier die Bundespolitik gefragt. *us*

(siehe auch Seite 8)

Bildecke

Ch. Eckelt

Mehr Gleichberechtigung und Sicherheit auf Berliner Straßen

Verkehrsstaatssekretär stellte den Entwurf für das erste Berliner Mobilitätsgesetz vor

Berlin bekommt ein Mobilitätsgesetz – das erste in Deutschland, wie Jens-Holger Kirchner nicht ohne Stolz anmerkte. Im April hatte der Staatssekretär für Verkehr das als Entwurf vorliegende Gesetz in seinen wesentlichen Grundzügen im Stadtteilplenum Moabit vorgestellt.

Ein grundlegendes Ziel, so Kirchner, sei dabei die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer. Die Privilegierung des PKW-Verkehrs und die »Diskriminierung anderer Verkehrsteilnehmer« müsse ein Ende haben. Und ein weiterer Aspekt liegt ihm sehr am Herzen: die Barrierefreiheit als ein Grundrecht. Allerdings sei auch klar, dass es »ein sehr weiter Weg« sei, dies in Berlin flächendeckend in den nächsten Jahren umzusetzen. Zumindest soll Barrierefreiheit aber bei Neubauvorhaben berücksichtigt werden. Dazu gehören nicht nur Bordsteinabsenkungen und Gehwegvorstreckungen, sondern auch beispielsweise Blindenleitsysteme.

Mithilfe des neuen Gesetzes sollen zudem Lösungsansätze für drei grundlegende Probleme entwickelt werden: erstens die Mobilität in einer schnell wachsenden Stadt, mit der die Verkehrsinfrastruktur nicht mitgewachsen ist – das betrifft auch den ÖPNV. Zweitens die enorme Zunahme des Radverkehrs in den letzten Jahren: Immer mehr Menschen nutzen für ihre täglichen Wege das Fahrrad. Drittens hat auch der Wirtschafts- und Lieferverkehr aufgrund veränderter Handelsstrukturen (Online-Handel etc.) massiv zugenommen: in den letzten Jahren um satte 30 Prozent.
Ein grundsätzliches Ziel des Konzepts sei die Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls durch mehr Verkehrssicherheit. Wer Kinder hat, älter ist oder körperlich beeinträchtigt, weiß sehr gut, was der Staatssekretär damit meint.

Angesichts der veränderten Rahmenbedingungen werde der »Kampf um den öffentlichen Raum« die Stadt noch einige Jahre beschäftigen, so Kirchner. Damit gehen natürlich Konflikte der unterschiedlichen Nutzungen und Interessen einher, weshalb das Gesetz auch Konfliktlösungsmechanismen bieten soll. »Die Stadt wird umgebaut, das macht nicht nur Freunde«, sagt der Staatssekretär, der mit entsprechenden Konflikten bereits aus seiner Zeit als Pankower Stadtentwicklungsstadtrat bestens vertraut ist. Dazu gehören beispielsweise die Auseinandersetzungen mit Anwohnern, wenn Parkplätze wegfallen sollen, oder auch die Vereinbarkeit neuer sicherer Radwege mit dem Straßengrün. Bäume, Straßengrün und Parkplätze gehören zu den Berliner Reizthemen.

Ch. Eckelt

Das Berliner Mobilitätsgesetz ist in sechs Teile gegliedert: einem ersten grundsätzlichen Teil folgen die Kapitel zu ÖPNV, zum Radverkehr, Fußgängerverkehr und dem Wirtschaftsverkehr. Der sechste Teil ist mit »Intelligenter Mobilität« betitelt – wobei Kirchner anmerkte, dass man selbst noch eine Definition suche, was darunter eigentlich genau zu verstehen ist. Genannt werden u. a. die Stichworte Car-Sharing und Digitalisierung, auch E-Mobilität dürfte dazu gehören, ebenso wie intelligente Lösungen und Strategien, um den Warenverkehr zum Konsumenten umweltfreundlicher und platzsparender zu bewältigen.

Sehr weit gediehen sind die Konzepte für ein zeitgemäßes Radwegenetz: Das ist auch dringend notwendig, denn von einem stadtweiten Netz kann bislang keine Rede sein – vielmehr waren das Anlegen von Radstreifen usw. eher kleinteiliges Stückwerk, meist in der Verantwortung der Bezirke, wenn wieder mal ein bisschen Geld da war, um diese oder jene Straße zu sanieren.
Der Senat plant nun allein in den Jahren 2018 bis 2020 sechzig neue Radwege, Radstreifen und sonstige Verbesserungen der Fahrrad-Infrastruktur. Bis zu acht Maßnahmen stehen pro Bezirk an. Vor allem Hauptstraßen und vielbefahrene Strecken sollen Radwege und -streifen erhalten. Fernziel ist, dass jede Hauptverkehrsstraße einen Radstreifen bekommt, der breit genug zum Überholen ist und in sicherem Abstand zu parkenden Autos verläuft.

Die Grundlagen für das Mobilitätsgesetz wurden 2017 in einem beispielhaften Verfahren geschaffen: Den allgemeinen Teil des Mobilitätsgesetzes begleitete der neu geschaffene Mobilitätsbeirat, dem Mobilitätsverbände, die Bezirke, zuständige Senatsverwaltungen und Vertreter der Fraktionen angehören. Die Eckpunkte für den Baustein »Radverkehr« entwickelte die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz im »Dialog Radgesetz« gemeinsam mit der Initiative Volksentscheid Fahrrad, dem ADFC, dem BUND, den Koalitionsfraktionen und der Senatskanzlei. In einem Beteiligungsverfahren konnten Interessenvertretungen zusätzliche Vorschläge unterbreiten.
Kirchner betont, wie wichtig gerade der »Raddialog« war, ein analoges Verfahren erfolgte für das Thema Fußgängerverkehr, auch hier gingen zahlreiche Vorschläge ein.

Die Voraussetzungen für die schrittweise Umsetzung des ambitionierten Vorhabens sind auch in finanzieller Hinsicht günstig: Nach Jahren massiver Sparzwänge investiert Berlin wieder. So werden ab 2019 pro Jahr 50 Millionen Euro allein für die Radverkehrsgestaltung bereitgestellt. Allerdings tut sich nun eine andere Lücke auf: Es fehlt angesichts des anhaltenden Baubooms an qualifiziertem Personal im Land Berlin. »Der Planermarkt ist wie leergefegt«, sagt Kirchner, es gebe eine extreme Nachfrage nach Fachkräften. Deshalb bildet das Land Berlin zusätzlich auch selbst Nachwuchs im dualen System aus.

us

Über das Mobilitätsgesetz kann man sich im Internet informieren. Dort ist der Entwurf dokumentiert und werden wichtige Fragen beantwortet: www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz

Parkraumbewirtschaftung bald im gesamten Bezirk?

Untersuchungen auch in Moabit und im Wedding geplant

Ch. Eckelt

Im Bezirk Mitte sollen in diesem Jahr flächendeckend Untersuchungen zur Parkraumbewirtschaftung stattfinden. Das teilt uns das Straßen- und Grünflächenamt auf Anfrage mit. Dabei sollen sowohl die bereits bestehenden Parkzonen überprüft werden als auch die Gebiete in Wedding und Moabit, in denen noch keine Parkraumbewirtschaftung existiert. Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Herbst 2021 könnte demnach fast im gesamten Bezirk Mitte die Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden.

Fast im gesamten Altbezirk Mitte, im Bereich südlich des Tiergartens sowie in der direkten Umgebung des Hauptbahnhofs gibt es bereits Parkzonen, in denen Auswärtige an Automaten Parkscheine erwerben müssen, wenn sie öffentliche Parkplätze nutzen wollen. In der Nördlichen Luisenstadt soll es am 1. Juni losgehen: Dann sollen dort die beiden neuen Parkzonen 36 und 37 in Betrieb genommen werden. Zuletzt kam es zu Verzögerungen, weil die notwendigen Schilder nicht rechtzeitig fertig gestellt werden konnten. Im Brüsseler Kiez und im Sprengelkiez (beide Wedding) wurde von Verkehrsplanern zuletzt die Einrichtung zweier weiterer Parkzonen empfohlen, die Untersuchungen wurden im Rahmen der Entwicklung eines Verkehrskonzeptes gerade abgeschlossen.
Im angrenzenden Gebiet westlich der Müllerstraße finden diese Untersuchungen derzeit statt. Bei einem öffentlichen Rundgang mit den Verkehrsplanern am 10. April zeigte sich erneut, dass die allgemeine Stimmung in den letzten Jahren klar zugunsten der Parkraumbewirtschaftung umgeschlagen ist: Es wurde nicht die leiseste Kritik an diesem Vorhaben geäußert. Noch im September 2008 war ein bezirklicher Bürgerentscheid gegen die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung an der zu geringen Wahlbeteiligung gescheitert: nur 11,7% der wahlberechtigten Bewohner des Stadtbezirks waren damals zur Urne gegangen, 15% wären notwendig gewesen. Knapp 80% hatten damals gegen die Parkraumbewirtschaftung votiert. Der Bezirk hatte daraufhin auf die Ausweisung einer neuen Parkzone nördlich des Hauptbahnhofs im Bereich um die Lehrter Straße verzichtet. In der Zählgemeinschaft aus SPD und CDU, die sich nach der Wahl 2011 zugunsten des Bezirksbürgermeisters Christian Hanke (SPD) gebildet hatte, war zudem ein weitgehender Verzicht auf die Festsetzung weiterer Parkzonen vereinbart worden.
In der Nördlichen Luisenstadt jedoch war in den Jahren 2013 und 2014 eine schon zuvor geplante Untersuchung des Gebietes zu der Empfehlung gekommen, auch hier Parkzonen einzurichten. Dies fand große Zustimmung bei den Anwohnern, die in großer Zahl an Bürgerversammlungen und Workshops zur Entwicklung des Verkehrskonzeptes für die Nördliche Luisenstadt beteiligt hatten. Auch bei den Beteiligungsverfahren, die im Frühjahr 2017 zum »Verkehrs- und Freiraumkonzept Brüsseler Kiez« stattfanden, war die Grundstimmung eindeutig für die Einführung der Parkraumbewirtschaftung.
Offenbar haben sich deren Vorteile inzwischen herumgesprochen: Anwohner finden in ihren Parkzonen nämlich wesentlich schneller und einfacher einen Parkplatz. Die Gebühren, die man für die Parkvignette entrichten muss – 20,40 Euro für zwei Jahre –, spart man deshalb schon allein an Benzinkosten wieder ein. Gleichzeitig reduziert sich die Zahl der behindernd parkenden Autos erheblich, was auch Fußgängern und Radfahrern zugute kommt. Und zudem ist in den Zonen der Parkraumbewirtschaftung das Ordnungsamt wesentlich präsenter als anderswo. Die uniformierten Mitarbeiter, die dort die Knöllchen ausstellen, haben zwar nur begrenzte Kompetenzbereiche, stärken aber dennoch das allgemeine Sicherheitsgefühl in den Kiezen.
Um eine neue Parkzone einzurichten, muss der Bedarf zuvor durch eine Untersuchung festgestellt werden. In der Regel erfassen die beauftragten Verkehrsplaner dabei die Nummernschilder sämtlicher im Gebiet parkender PKW zu verschiedenen Tages- und Nachtzeiten. Aus dem Vergleich lässt sich ermitteln, wie hoch die Auslastung des vorhandenen Parkraums durch die Anwohner und durch Auswärtige ist. Im Brüsseler und im Sprengelkiez zum Beispiel waren dienstags morgens um zwei Uhr nur 84% der Parkplätze belegt, vormittags um 11 Uhr aber 107% – also etwa 7% der Fahrzeuge illegal abgestellt. Von den tagsüber ermittelten Nummernschildern waren nur rund ein Drittel auch nachts erfasst worden, sie wurden in der Studie den Anwohnern zugeordnet. Deshalb konnte die Untersuchung klar nachweisen, dass der Parkdruck vor allem von Auswärtigen kommt und sich deshalb eine Parkraumbewirtschaftung positiv auswirken würde.
Ähnliche Untersuchungen für Moabit und den restlichen Altbezirk Wedding sind vom Bezirk schon ausgeschrieben worden. Allerdings sind die Kapazitäten der Büros für Verkehrsplanung in Berlin derzeit gut ausgelastet, so dass noch nicht sicher ist, ob tatsächlich alle noch in diesem Jahr stattfinden können.

cs

Berlin tops the world

Im Blickfeld der internationalen Immobilienbranche

Berlin ist Weltspitze. Das behauptet der Londoner Immobilienmakler Knight Frank und führt Berlin an der Spitze von 150 weltweiten »Global Cities«. Denn um satte 20,5 %, so schnell wie sonst nirgendwo, stieg der Wert von Immobilien in der deutschen Hauptstadt im vergangenen Jahr, während anderswo in der Welt die Wertsteigerungen eher zurückgingen. »Starkes Bevölkerungswachstum, stabile Wirtschaft, rekord-niedrige Arbeitslosigkeit und ein robustes Interesse von ausländischen Investoren schrauben gemeinsam die Preise in die Höhe«, so heißt es über Berlin im aktuellen »Global Residential City Index« des weltweit operierenden Unternehmens, das mit rund 12.000 Mitarbeitern eines der größten seiner Branche sein dürfte.

Dabei wurde Berlin in diesem Quartal zum ersten Mal in die Liste aufgenommen, in der im Vorjahr 15 chinesische Städte mit Steigerungsraten von durchschnittlich 23 % aufgeführt waren, die jetzt nur noch auf durchschnittlich 1,3 % Wertsteigerung kommen. Die Preise für Eigentumswohnungen in den besonders nachgefragten Stadtteilen Berlins erreichen aber dennoch nur rund ein Drittel der Preise in vergleichbaren Vierteln Londons, erläutert dazu die britische Zeitung »The Guardian«. Daher bleibe Berlin auch nach mehreren Jahren starker Preissteigerungen für Käufer aus London oder New York immer noch günstig. Der durchschnittliche Immobilienpreis in Berlin sei seit 2004 um mehr als 120% gestiegen.

Starkes Bevölkerungswachstum

Das Bevölkerungswachstum der Stadt geht jedoch langsam wieder zurück. Das Statistische Landesamt Berlin-Brandenburg jedenfalls vermeldet für 2017 einen Anstieg um 1,2 % oder 41.100 Einwohner. Der Anstieg ist deutlich geringer ist als im Jahr 2016, das durch den starken Zustrom von Flüchtlingen geprägt war, aber auch niedriger als in den fünf Jahren vor der Flüchtlingskrise (1,4 % bis 1,5 %). Eine Verringerung der Steigerungsrate war von den Demoskopen vorhergesagt worden. Denn in den meisten europäischen Staaten, aus denen gegenwärtig die stärkste Zuwanderung nach Berlin stattfindet (Polen, Bulgarien, Rumänien und Italien) schrumpft im Verlauf dieses Jahrzehntes die junge, mobile Bevölkerung im Alter von unter 30 Jahren deutlich. Aus dieser Altersgruppe kommen aber über 62 % der Zuwanderer nach Berlin. Starke Zuwanderung erfährt die Stadt allerdings auch aus den USA und aus Großbritannien, die diese demographischen Probleme nicht haben – und natürlich aus den Krisengebieten im Nahen und Mittleren Osten. Die stärkste Einwanderung findet dabei natürlich aus dem übrigen Bundesgebiet statt, wobei dorthin aber etwa genauso viele auch wieder abwandern. Der aktuelle Anstieg der Bevölkerungszahl von Berlin geht deshalb nahezu ausschließlich auf Einwohner ohne deutsche Staatsbürgerschaft zurück. Berlin wird immer globaler.

Wirtschaftswachstum und Jobwunder

Attraktivität gewinnt die Stadt vor allem durch die vielen Jobs, die hier entstehen. Stärker noch als das Bruttoinlandsprodukt (+3,1 % im Jahr 2017) wächst in Berlin nämlich die Beschäftigung. So waren Mitte des Jahres 2017 fast 60.000 mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt registriert als ein Jahr zuvor, der Anstieg beträgt 4,3%. Das ist weit mehr als in jedem anderen deutschen Bundesland. Vor allem aber aus dem europäischen Umfeld ragt Berlin damit deutlich hervor. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Stadt beträgt im April 2018 deshalb nur noch 8,4 %. Das ist zwar immer noch mehr als der Bundesdurchschnitt von 5,3 %. Vor dreizehn Jahren, im April 2005, hatte die Arbeitslosenquote Berlins aber mit 19,5 % ihren Spitzenwert erreicht, seitdem geht sie kontinuierlich zurück.

Ch. Eckelt

Aus chinesischer Sicht noch günstig …

Dieser seit Jahren anhaltende positive Trend macht Berlin international immer attraktiver. Die Stadt spielt zwar nicht in der Weltliga der Immobilienbranche – für den Immobilientycoon Donald Trump zum Beispiel war Berlin nie ein begehrenswerter Ort. Meldungen wie die von Knight Frank könnten das aber ändern. Die Aussicht, in Berlin einen Spitzenprofit erzielen zu können, dürfte weitere internationale Anleger anlocken, die Preise für Immobilien würden damit weiter steigen: Das Spiel hat gerade erst begonnen. Zwar warnen auch viele vor einer Preisblase, die eines Tages platzen und eine Krise verursachen könnte – angesichts der aktuellen Wohnungsknappheit wird bis dahin aber wohl noch einige Zeit vergehen.
Eine starke internationale Nachfrage ist jedenfalls auch in den Sanierungsgebieten von Mitte bemerkbar. So treten in einem Objekt in der Nördlichen Luisenstadt in letzter Zeit verstärkt chinesische Anleger als Käufer der dort angebotenen winzigen möblierten Apartments auf. In dem sanierten ehemaligen Büro-Plattenbau werden zwar für aktuelle Berliner Verhältnisse extreme Preise von mehr als 7.500 Euro/qm verlangt – aus chinesischer Sicht scheint das aber noch günstig zu sein. cs

Leserumfrage

Wie finden Sie die »ecke müllerstraße«?

Wir sind sehr an der Meinung unserer Leserinnen und Leser interessiert. Nehmen Sie an unserer Leserbefragung teil – es sind nur wenige Fragen zu beantworten!
Unter allen Teilnehmern verlosen wir 3 x 2 Karten für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 21. Mai 2018.
Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen an:
ecke müllerstraße c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin.

Der Fragebogen kann aber auch per Mail an die Adresse eckemueller@gmx.net geschickt werden!
Selbstverständlich können die Fragebögen auch anonym eingesendet werden, nehmen dann aber nicht an der Verlosung der Preise teil. Sämtliche Angaben werden vertraulich und nach Datenschutzrichtlinien behandelt.
Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Fühlen sie sich durch die ecke gut über das Geschehen im Gebiet Müllerstraße informiert?
(bitte Zutreffendes ankreuzen)

☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Gefallen Ihnen die Gestaltung der ecke und die Fotos?

☐ sehr gut
☐ weniger gut
☐ gar nicht

Ist es für Sie einfach, die aktuelle ecke-Ausgabe zu erhalten?

☐ sehr
☐ weniger
☐ gar nicht

Wo finden sie die ecke normalerweise?
(Mehrfachnennungen möglich!)

☐ Laden / Geschäft
☐ öffentliche Einrichtung
☐ über Nachbarn
☐ im Internet
☐ im Briefkasten

Welche Themen interessieren Sie am meisten?
(Mehrfachnennungen möglich!)

☐ Aktuelles aus dem Kiez
☐ Bauen und Wohnen
☐ Verkehr und öffentliche Räume
☐ Historisches
☐ Porträts / Menschen / Gewerbe
☐ Hintergründe
☐ Bürgerbeteiligung

Mit welchen Themen sollte sich die ecke müllerstraße künftig mehr beschäftigen?

……
……
……
……

Die ecke müllerstraße erscheint bislang acht Mal im Jahr im Umfang von 12 Seiten. *Wie fänden Sie es, wenn die Zeitung künftig nur noch alle zwei Monate (also sechs Mal im Jahr) erschiene, dafür aber im Umfang von 16 Seiten?*

☐ gut
☐ nicht so gut
☐ wäre mir egal

Haben Sie noch weiter Anregungen oder Kritik an der Zeitung?

……
……
……
……

☐ Ich wäre damit einverstanden, wenn diese Kritik in der Zeitung als Lesermeinung veröffentlicht wird und zwar unter folgender Namensnennung:

☐ Ich möchte nicht, dass diese Kritik in der Zeitung veröffentlicht wird.

Zuletzt ein paar kurze Fragen zu Ihrer Person:
Leben Sie im Wedding?

☐ Ja – Wenn ja, wie lange schon? …… Jahre
☐ Nein

Wie alt sind Sie? …… Jahre

Ich bin …

☐ eine Frau ☐ ein Mann

Kommentar

Überforderte Eigentümer

Auch »Schrottimmobilien« gefährden Menschenleben

Gleich zwei »Schrottimmobilien« im vergleichsweise kleinen Sanierungsgebiet Müllerstraße sorgten in den letzten Monaten für Schlagzeilen. So musste im vergangenen Oktober die Burgsdorfstraße gesperrt werden, weil ein seit Jahren leerstehendes Haus einzustürzen drohte. Und an der Ecke der Kameruner und der Lüderitzstraße räumte die Polizei am 16. April insgesamt 44 Bewohner aus einem Gebäude, in dem sie unter unzumutbaren Bedingungen hausten: mit zerstörten Fenstern, ohne Wasser und Strom und inmitten von Müll und Kot. Den Behörden waren die Zustände in beiden Fällen seit langem bekannt. Doch sie konnten kaum etwas tun.

In beiden Fällen war den Hauseigentümern die Verwaltung ihres Besitztums offenbar völlig entglitten. In der Burgsdorfstraße 1 war die 75-jährige Eigentümerin seit Jahren immer wieder zur Instandsetzung ihres Hauses aufgefordert worden, worauf sie zwar Maßnahmen einleitete, ohne sie aber zu Ende zu führen. Gegen eine Anordnung zog sie vor Gericht, das Verfahren dauert schon Jahre, ohne dass sich im Haus etwas änderte.

Der Eigentümer der Kameruner Straße 5 ist sogar ein angesehener ehemaliger Chefarzt einer radiologischen Klinik in Brandenburg. Der 70-jährige scheint aber mit der Verwaltung seines ererbten Vermögens überhaupt nicht zurechtzukommen. Die Firma, die er damit beauftragte, operierte jedenfalls weit außerhalb aller rechtsstaatlichen Normen, wie unter anderem der rbb berichtete. So wurden in dem Haus einzelne Zimmer für Wuchermieten an ganze Familien vermietet, meist an Roma aus Bulgarien. Und als der Hausverwalter im April des vergangenen Jahres untertauchte, weil die Justiz sich wegen anderer Betrügereien mit ihm beschäftigte, geriet das Haus vollends außer Kontrolle.

Bei illegalen Autorennen auf den Straßen der Stadt werden inzwischen regelmäßig nicht nur die Führerscheine, sondern auch die Autos der Raser eingezogen. Das ist auch gut so, denn Fahrzeuge in diesen Händen bedrohen ganz konkret Menschenleben. Wenn dagegen Hauseigentümer mit ihrem Handeln oder Nicht-Handeln Menschenleben gefährden, tut sich unser Staat schwer damit, ihnen die Verfügungsgewalt über ihre Häuser zu entziehen. Zwar enthält das neue Berliner »Zweckentfremdungsverbotsgesetz« eine Passage, mit deren Hilfe bei andauerndem Leerstand ein Wohnhaus auch unter Zwangsverwaltung gestellt werden kann. Aber das hätte wohl nur bei der Burgsdorfstraße 1 gegriffen – die Kameruner 5 stand ja nicht leer. Es wäre daher angebracht, den gesetzlichen Spielraum der Behörden in solchen Fällen zu erweitern.

Beide Hauseigentümer besitzen übrigens auch noch andere Mietshäuser in Berlin, in denen zum Teil ähnliche Zustände herrschen. Und vermutlich sind es nicht die einzigen, die mit der Verwaltung ihres Erbes nicht zurechtkommen. *cs*

»Mein Wedding«, zum fünften

Auch in diesem Jahr organisiert die StandortGemeinschaft Müllerstraße wieder eine Open-Air-Ausstellung mit großen Plakaten auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße. Bis zum 15. Juli kann man dazu Motive einreichen. Dazu muss man nicht Kunst studiert haben – so können sich gerne auch Kitas und Schulen beteiligen.

Auch die Technik bleibt den Teilnehmenden überlassen, wichtig ist nur, dass ein deutlicher Bezug zum Wedding erkennbar und das Werk auf dem Plakat reproduzierbar ist, deshalb ist eine Proportion von 3:2 ideal. Eine Jury wird die Werke aussuchen, die schließlich im September ausgestellt werden sollen, daher ist die Zahl der eingereichten Arbeiten pro Künstler auch auf maximal drei begrenzt.

Ausführlicher informiert das Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße unter E-Mail: w.pichierri@planergemeinschaft.de oder d.yasar@planergemeinschaft.de sowie telefonisch unter (030) 88 59 14 32

Tanz die Rehberge!

Ab dem 18. Mai kann man im Volkspark Rehberge wieder gemeinsam mit anderen tanzen. An jedem Freitag zwischen 14.30 und 16 Uhr veranstaltet der bwgt e.V. am Eingang Otawistraße auch in diesem Sommer einen Tanznachmittag. Geboten werden einerseits Latino-Tänze wie Salsa, Cumbia, Calypso, Samba und andere. Zudem kann man auch »Bal Folk«-Tänze erlernen, das sind volkstümliche Kreis-, Reihen- und Paartänze, die sich vor allem in Frankreich sehr großer Beliebtheit erfreuen. Die Teilnahme ist kostenlos, eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Das Projekt gehört zur Reihe »Bewegungsförderung im öffentlichen Raum«, in der bwgt e.V. auch noch andere Angebote in Wedding und Moabit durchführt, und wird aus dem Programm »Soziale Stadt« gefördert.

Kontakt: Claire Fromm (Übungsleiterin), claire.pfromm@web.de, Telefon (0176) 34 48 95 06, www.clarita-danza.com
Katrin Germonprez (bwgt e.V.), germonprez@bwgt.org, Telefon (030) 78 95 85 50, www.bewegung-draussen.de

Konflikte im öffentlichen Raum

Rund um den Leopoldplatz leben schon genauso viele Bulgaren wie Polen

Am Runden Tisch Leopoldplatz ist in letzter Zeit oft vom starken Zuzug bulgarischer Staatsbürger die Rede. Eine Studie zum hinteren Teil des Leo, der von vielen Anwohnern in Abgrenzung zum vorderen Platzteil inzwischen »Maxplatz« genannt wird, berichtet von Nutzungskonflikten in diesem Zusammenhang. Die nehmen zwar in der Regel keine unfriedlichen Formen an, wirken sich aber auf das Zusammenleben im öffentlichen Raum aus. So sollen inzwischen Gruppen bulgarischer junger Männer den Maxplatz dominieren, was unter anderem die Nutzung des Platzes durch türkischstämmige Mädchen erschwert. Denn die empfinden diese Dominanz oft als unangenehm und werden deshalb auch nicht selten von ihren Eltern dazu angehalten, den Maxplatz zu meiden. Dr. Franziska Becker, die im Auftrag des Bezirks die Studie verfasst hat, erklärt das folgendermaßen: »Viele Bulgaren sind ja erst in den letzten Jahren nach Berlin zugewandert und können sich bei den rapide steigenden Mieten nur noch sehr kleine Wohnungen leisten. Deshalb leben vor allem bulgarische Familien oft in extrem beengten Verhältnissen. Entsprechend ist groß bei ihnen das Bedürfnis, die vorhandenen öffentlichen Räume zu nutzen. Der Maxplatz hat sich zu einem ihrer Treffpunkte entwickelt.«

Tatsächlich zeigt die Bevölkerungsstatistik, dass in den Gebieten um den Leopoldplatz inzwischen ungefähr genauso viele Bulgaren leben wie Polen – obwohl in ganz Berlin weiterhin die Polen mit rund 110.000 Staatsangehörigen mit großem Abstand die stärkste Bevölkerungsgruppe aus der EU darstellt, gefolgt von den Italienern (37.000). Die Bulgaren landen in der aktuellen Statistik (Stand 31.12.2017) mit in Berlin gemeldeten rund 28.000 Staatsbürgern nur auf Platz drei. Während sich Polen und Italiener aber relativ gleichmäßig auf die gesamte Stadt verteilen, leben mehr als ein Viertel der in Berlin gemeldeten Bulgaren in Mitte und viele von ihnen im Wedding. So überholt auch im Soldiner Kiez die Zahl der dort gemeldeten Bulgaren inzwischen die der Polen. Die weitaus stärkste Bevölkerungsgruppe mit fremder Staatsangehörigkeit bilden im Wedding aber nach wie vor die Türken, und auch aus den »arabischen Ländern einschließlich Syrien« stammen mehr Einwohner als aus Bulgarien. *cs*

Workshop zum Verkehrskonzept am 16. Mai

Am Mittwoch, dem 16. Mai findet von 17.30 bis 21 Uhr im Silent Green Kulturquartier ein Workshop zum Verkehrskonzept für den Bereich östlich der Müllerstraße statt. Das Konzept soll in den nächsten Jahren die Grundlage für die Investitionen des Bezirks in den öffentlichen Straßenraum bilden. Dazu fand im Februar bereits ein öffentliches Dialogforum statt, am 10. April wurden bei einem Rundgang im Gebiet vor Ort die Konfliktpunkte besprochen. Obwohl vor allem nördlich des Leopoldplatzes in den 1980er Jahren schon massiv in die Umgestaltung des Straßenraumes investiert worden war, zeigen sich auch dort inzwischen deutliche Defizite. So sind zum Beispiel die Querungsbereiche der Straßen hier oft schon durch vorgezogene Bürgersteige gekennzeichnet, die jedoch zumeist viel zu klein sind, weshalb die Fußgänger dort kaum wahrgenommen werden. Meist sind die Querungsstellen – etwa an Kreuzungen – auch zugeparkt. Manchmal wird die Sichtbeziehung zur Fahrbahn sogar durch angepflanzte Schmuckhecken gestört. Weiterhin drängt das Kopfsteinpflaster die Radfahrer auf die Bürgersteige, was dort zu Konflikten mit den Fußgängern führt. Zu denken müsste auch geben, dass Kinder und Jugendliche im Gebiet nur selten auf Fahrrädern unterwegs sind.

Das Silent Green Kulturquartier befindet sich im ehemaligen Krematorium Wedding, die Veranstaltungsräume erreicht man am besten über den Eingang Plantagenstraße 31.

Weddingmarkt auf dem Leopoldplatz

An jedem ersten Sonntag in den Sommermonaten gibt es auch in diesem Jahr wieder den Weddingmarkt auf dem Leopoldplatz. Dort findet man handwerklich hergestellte Produkte aus der lokalen Kleinproduktion, die man in den Shopping-Centern der Republik vergeblich sucht. Zudem kommt man mit den Produzenten direkt ins Gespräch, so dass man auch wichtige Hinweise für den Umgang mit den erworbenen Gegenständen erhält. Der Weddingmarkt ist aber auch über seine Funktion für den Kleinhandel hinaus ein wichtiger Treffpunkt für die lokale Produzentenszene und die Nachbarschaft. Zudem gibt es ein vielfältiges, abwechslungsreiches gastronomisches Angebot.

Weddingmarkt auf dem Leopoldplatz: 3. Juni, 1. Juli, 5. August, 2. September, jeweils 12 bis 19 Uhr.

Umweltpreis 2018

Das Bezirksamt Mitte von Berlin schreibt auch in diesem Jahr einen Umweltpreis aus. Gesucht sind innovative Beiträge und Ideen zu Themen aus den Bereichen Umwelt, Natur und Technik, teilnahmeberechtigt sind Personen oder Gruppen, die ihren Wohnort oder Arbeitsmittelpunkt im Bezirk Mitte haben. Einrichtungen in freier Trägerschaft können ebenfalls teilnehmen. Jede Person darf sich nur mit einem Beitrag beteiligen.

Teilnehmer müssen sich bis Freitag, den 1. Juni um 16 Uhr beim Schul-Umwelt-Zentrum Mitte durch Einreichung einer zweiseitigen Kurzpräsentation im Format A4 anmelden. Das Bezirksamt stellt ein Preisgeld von 3.000 Euro zur Verfügung. Die Preise werden in altersbezogene und gruppenspezifische Kategorien aufgeteilt und von einer unabhängigen Jury vergeben.

Schul-Umwelt-Zentrum Mitte (SUZ), Scharnweberstraße 159, 13405 Berlin
Telefon (030) 49 87 04 09, Fax (030) 49 87 04 11, info@suz-mitte.de

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Tanja Claußnitzer (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Peter Arndt, Antje Grimm
und Christoph Keller
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: Mo 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
team-wedding@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen